

Der Streik der französischen Eisenbahner und Pariser Öffis erlahmt, aber die Streikenden bleiben populär / Docker blockieren alle Häfen Frankreichs / Macron rügt erstmals die Polizei wegen ihrer Übergriffe gegen Demonstranten

Nach sechs Wochen scheint der Bahn- und Metrostreik gegen Macrons Rentenreform zu zerbröseln. Laut Umfrage wächst zwar der Prozentsatz der Bevölkerung (zuletzt 66 Prozent), die den Streik für §gerechtigt hält und die Rentenreform ablehnt. Aber gleichzeitig wünscht eine ó vergleichsweise knappe ó Mehrheit der Befragten die Beendigung des Streiks, nachdem die Staatsführung die von ihr geplante Anhebung des Antritts-Alters für eine Vollpension vorerst wieder zurückgezogen hat. Der Kern der Streikbewegung, die Lokführer der Bahn und die Lenker der Pariser Öffis, die weiterhin die gesamte Reform kippen wollen, sind finanziell erschöpft und fühlen sich allein gelassen. Zuletzt sind zwar weitere Berufsgruppen, etwa Rechtsanwälte, verstärkt gegen die Rentenreform aufgetreten. Aber nur die Docker, die Frankreichs größte Häfen seit Tagen blockieren, üben noch einen relevanten Druck aus.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Der Streik der französischen Eisenbahnen und Pariser Öffis gegen die Rentenreform dürfte nun doch, sechs Wochen nach seinem Beginn, langsam aber sicher zerbröseln. Allerdings gibt die diesbezügliche Stimmung in der Bevölkerung Rätsel auf.

Laut jüngster Umfrage befürwortet zwar eine Mehrheit von 57 Prozent der Befragten das Ende des Streiks. Im Pariser Großraum, wo der Ausfall etlicher S-Bahnen, Metro-Linien und Busse bis zuletzt Millionen Pendler fürchterlich quälte, wünschen logischerweise noch mehr, nämlich 66 Prozent, die Beendigung des Ausstands. Aber gleichzeitig halten landesweit 66 Prozent den Streik gegen die Rentenreform für §gerechtigt ó das sind sogar fünf Prozent mehr als bei einer Erhebung des selben Meinungsforschungsinstituts eine Woche zuvor.

Die Erklärung für diesen vordergründigen Widerspruch: viele Franzosen sind wegen des anhaltenden Streik-Chaos besorgt, aber noch mehr fürchten das Reformprojekt der Staatsführung.

Präsident Emmanuel Macron hatte ursprünglich angekündigt, er wolle aus Gründen der Gerechtigkeit Frankreichs 42 unterschiedliche Pensionskassen durch ein gemeinsames System mit einheitlichen Entgelt-Punkten als Berechnungsgrundlage der Pensionshöhe ersetzen. Inzwischen aber sehen die meisten Franzosen darin bloß ein Mittel für eine drastische Senkung ihrer Pensionen.

Wegen des Streiks verzichtete die Regierung vorläufig auf die von ihr ebenfalls geplante Anhebung des Eintrittsalters für eine Vollpension von bisher 62 auf 64 Jahre. Dafür sind viele Franzosen den Eisenbahnern dankbar. Zwei gemäßigte Gewerkschaftsbünde (es gibt in Frankreich sieben rivalisierende Bünde) wollen deshalb den Streik aussetzen.

Die Streikbasis bei der Bahn und die radikaleren Gewerkschaftsbünde, die die gesamte Reform kippen möchten, verlieren schrittweise ihr wichtigstes Druckmittel: etliche Lockführer können es sich nicht mehr leisten, weiter zu streiken. Ein Teil hat bereits einen Monatsgehalt verloren. Die zersplitterten und daher finanziell schwächlichen Gewerkschaften können für diese Gehaltsverluste ihrer streikenden Mitglieder nicht aufkommen.

Die Bewegung gegen die Rentenreform will sich jetzt durch neuartige, zeitlich verstreute und spektakuläre Aktionen über Wasser halten. Die Streikenden hoffen vor allem auf eine stärkere Ausweitung auf andere Berufskategorien. Lehrer, Krankenhauspersonal, E-Werker und Rechtsanwälte beteiligen sich bereits seit längerem an den Aktionstagen gegen die Reform. Aber außer den Dockern, die die wichtigsten Häfen Frankreichs seit vier Tagen blockieren, gibt es kaum so wirksame Kräfte wie die Eisenbahner in der Schlacht mit Macron.

Rüge für Polizei

Dass sich Macron jetzt sicherer fühlt, könnte auch ein Grund dafür sein, dass er bei einem jüngsten Auftritt erstmals die Polizei für inakzeptable Verhaltensweisen gerügt hat. Der Staatschef stellte strengere Regeln gegen Polizei-Übergriffe in Aussicht.

Während der Gelbwesten-Unruhen im Vorjahr waren dutzende Demonstranten durch Hartgummi-Geschoße und Tränengasgranaten (die Sprengstoff enthielten) schwerstens verletzt worden. Gelbwesten hatten Augen und Hände verloren. Eine Rentnerin, die in Marseille von ihrem Fenster aus eine Demo beobachtet hatte, war durch ein Polizeigeschoss getötet worden. Allerdings erfolgten diese Polizei-Exzesse vielfach im Zuge der Bemühungen, die wiederholten, brachialen Angriffe aufgeputschter Teile der Gelbwesten auf Ämter und Behördenvertreter abzuwehren.

Freilich: Im vergangenen Juni war ein Teilnehmer einer nächtlichen Techno-Party in der westfranzösischen Stadt Nantes ertrunken, nachdem die Polizei durch einen Tränengas-Angriff Panik ausgelöst hatte, und ein Teil der Feiernden in einen nahen Fluss gestürzt waren.

Aber auch bei den vergleichsweise friedlichen jüngsten Gewerkschaftsdemos wurden Beamte gefilmt, die auf Teilnehmer grundlos einprügelten und Gummigeschosse aus nächster Nähe auf Demonstranten abfeuerten. Zuletzt sorgte ein weiterer tragischer Übergriff für Empörung: Anfang Jänner hatten vier Polizisten nach einem Wortgeplänkel bei einer Verkehrskontrolle auf einem 42-jährigen Motorrad-Boten gekniet und ihn dabei erstickt.